

Bericht  
über die Prüfung des  
Rechenschaftsbericht 2014  
der  
**NEOS - Das Neue Österreich**  
**und Liberales Forum**  
Wien

## Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	- 1 -
2. Zusammenfassung	- 3 -
2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit des Rechenschaftsberichts	- 3 -
2.2. Feststellungen zu den Wahlkampfkosten	- 3 -
2.3. Feststellungen zu Einnahmen aus Spenden, Sponsoring und Inserate	- 3 -
2.4. Feststellungen zur Parteienförderung	- 3 -
3. Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer zum Rechenschaftsbericht	- 4 -

## Anlagenverzeichnis

Rechenschaftsbericht 2014 der NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum Wien 2014 samt folgenden Anlagen:	1
Anlage 1: Bezeichnung der territorialen Gliederung gem. § 5 Abs 1a PartG	
Anlage 2: Beteiligungsunternehmen gem § 5 Abs 6 PartG	
Anlage 3: Spendenaufstellung i.S. § 6 Abs 2 und 3 PartG	
Anlage 4: Inserate und Sponsoring gem § 5 Abs 7 PartG	
Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2011)	2

An den  
Bundesvorstand der  
NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum  
Wien

Wir haben die Prüfung des Rechenschaftsberichts für das Kalenderjahr 2014 der politischen Partei

**NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum,  
Wien,**  
(im Folgenden auch kurz "Partei" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

## 1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mit Schreiben des Rechnungshofes vom 16. Juni 2014 (GZ 103.632/107-1A3/14) wurden die R.E.P. Wirtschaftsprüfungs-GmbH und die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zum Prüfer des Rechenschaftsberichts der politischen Partei NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, Bundespartei, für die Kalenderjahre 2013 bis 2017 bestellt.

Die Partei, vertreten durch den Parteivorstand, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Rechenschaftsbericht 2014 gemäß § 8 PartG 2012 zu prüfen. Es liegen keine Ausschließungsgründe bzw. Hindernisgründe gemäß § 9 PartG und gemäß §§ 271 und 271 a UGB vor.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung**.

Diese Prüfung erstreckte sich darauf, ob die Vorschriften des PartG eingehalten worden sind. Die Prüfung ist gemäß § 8 Abs 1 PartG so anzulegen, dass rechnerische Unrichtigkeiten und Verstöße gegen das PartG bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften**, die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen sowie einschlägige berufliche Stellungnahmen. Wir weisen darauf hin, dass unsere Prüfung nur mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Rechenschaftsberichts gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass Fehldarstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Ein erhöhtes Fehlerrisiko besteht insbesondere hinsichtlich der vollständigen Erfassung und Bewertung der Einnahmen in Form kostenlos oder ohne Vergütung zur Verfügung gestellten Personals (lebende Subventionen), da es sich hierbei um unbare Erträge handelt. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Juli bis September 2015 in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine unterfertigte Vollständigkeitserklärung datiert vom 30. September 2015 haben wir zu unseren Akten genommen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages sind Herr Dkfm Mag Wolf Dieter Resatz, Wirtschaftsprüfer für die R.E.P. Wirtschaftsprüfungs-GmbH und Herr MMag. Christoph Zimmel, Wirtschaftsprüfer, für die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Partei abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe" einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Partei und dem Prüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Prüfer gegenüber der Partei und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung. Vereinbart wurde analog zu § 275 Abs 2 UGB eine Beschränkung unserer Verantwortlichkeit und Haftung auch gegenüber Dritten auf die für kleine und mittelgroße Gesellschaften geltende Haftungshöchstgrenze von 2 Millionen Euro.

## 2. Zusammenfassung

### 2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit des Rechenschaftsberichts

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des Parteiengesetzes und die rechnerische Richtigkeit des Rechenschaftsberichtes fest. Der Rechenschaftsbericht ist ordnungsgemäß aus dem Rechnungswesen der Bundesorganisation entwickelt.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Rechenschaftsberichts verweisen wir auf unsere Ausführungen im Prüfungsvermerk.

### 2.2. Feststellungen zu den Wahlkampfkosten

Gemäß § 4 Abs 1 PartG 2012 ist die Partei zur Angabe der Ausgaben für die Wahlwerbung verpflichtet. Die Darstellung der Ausgaben für Wahlwerbung wurde im zweiten Berichtsteil des Rechenschaftsberichtes dargestellt. Die gemäß § 4 Abs 2 PartG 2012 festgelegte Gliederung der Ausgaben für die Wahlwerbung wurde eingehalten. Die entsprechenden Nachweise zu den Ausgaben für die Wahlwerbung wurden uns vorgelegt.

Die gemäß § 4 Abs 1 PartG 2012 festgelegte Beschränkung der Ausgaben für die Wahlwerbung zwischen dem Stichtag der Wahl und dem Wahltag zu einem allgemeinen Vertretungskörper wurde im Kalenderjahr 2014 nicht überschritten.

### 2.3. Feststellungen zu Einnahmen aus Spenden, Sponsoring und Inserate

Der Ausweis der Spenden erfolgt gemäß § 6 PartG 2012 in einer eigenen Anlage zum Rechenschaftsbericht. Im Berichtsjahr 2014 gab es weder Einnahmen aus Sponsoring noch aus Inseraten gemäß § 7 PartG 2012. Eine entsprechende Leermeldung ist in einer weiteren Anlage zum Rechenschaftsbericht angeschlossen. Es werden nur die Einnahmen über den im § 7 Abs 1 und 2 PartG festgelegten Betragsgrenzen ausgewiesen.

Aufgrund unserer Prüfung stellen wir fest, dass die in diesen Anlagen enthaltenen Informationen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

### 2.4. Feststellungen zur Parteienförderung

Die für das Jahr 2014 der NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum gem. PartFörG zur Verfügung gestellten Fördermittel des Bundes wurden gesetzmäßig verwendet.

### 3. Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer zum Rechenschaftsbericht

Wir haben den beigefügten Rechenschaftsbericht der

**NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum,  
Wien,**

für das Kalenderjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Dieser Rechenschaftsbericht umfasst die Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben der Bundesorganisation, der neun Landesorganisationen und die Angabe der Summe der Einnahmen und Ausgaben der Bezirks- und Gemeindeorganisationen. Als Anlagen sind die Listen der Beteiligungsunternehmen (§ 5 Abs. 5 PartG 2012), die Spendenlisten (§ 6 PartG 2012), die Sponsoringliste (§ 7 PartG 2012), die Inseratenliste (§ 7 PartG 2012) und die Angabe der Wahlwerbungsausgaben (§ 4 PartG) angeschlossen. Der Rechenschaftsbericht wurde vom Leitungsorgan der Partei auf der Grundlage der der Rechnungslegungsbestimmungen des Parteiengesetzes (§§ 5 – 7 PartG 2012) aufgestellt.

Gemäß dem mit der Partei abgeschlossenen Prüfungsvertrag ist unsere Verantwortlichkeit und Haftung bei durch grobe oder leichte Fahrlässigkeit verursachten Schäden analog zu § 275 Abs 2 UGB auf die für kleine und mittelgroße Gesellschaften geltende Haftungshöchstgrenze von EUR 2,0 Mio beschränkt. Diese Beschränkung gilt auch gegenüber Dritten.

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Rechenschaftsbericht**

Die gesetzlichen Vertreter der Partei sind für die Führung der Bücher (Aufzeichnungen) und für die Aufstellung des Rechenschaftsberichts verantwortlich, der in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz und den österreichischen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung von internen Kontrollen, die das Leitungsorgan als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Rechenschaftsberichts zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

#### **Verantwortung des Wirtschaftsprüfers**

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Rechenschaftsbericht abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung der §§ 8f PartG und unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Rechenschaftsbericht. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Rechenschaftsbericht ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das für die Aufstellung des Rechenschaftsberichtes durch die politische Partei relevante interne Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der politischen Partei abzugeben. Die Prüfung umfasst auch die Beurteilung der Einhaltung der Vorschriften des PartG zur Aufstellung eines Rechenschaftsberichtes und die Beurteilung der rechnerischen Richtigkeit.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben.

### **Prüfungsvermerk**

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach pflichtgemäßer Prüfung auf Grund der Bücher (Aufzeichnungen) der politischen Partei sowie der von den Leitungsorganen (oder den vertretungsbefugten Personen) erteilten Aufklärungen und Nachweise entspricht der Rechenschaftsbericht der NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, Wien, für das Kalenderjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in dem geprüften Umfang den Vorschriften des Parteiengesetzes.

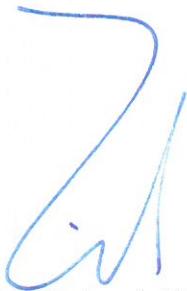
### **Rechnungslegungsgrundlage**

Ohne unser Prüfungsurteil zu modifizieren, weisen wir auf die §§ 5 – 7 PartG 2012 hin, in denen die Rechnungslegungsgrundlage beschrieben wird. Der Rechenschaftsbericht wurde aufgestellt, um öffentliche Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben der politischen Partei und ihrer territorialen Gliederungen zu geben. Folglich ist der Rechenschaftsbericht möglicherweise für einen anderen Zweck nicht geeignet.

Wien, am 30. September 2015

Grant Thornton Unitreu GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft

R.E.P Wirtschaftsprüfungs-GmbH



MMag. Christoph ZIMMEL  
Wirtschaftsprüfer



Dkfm. Mag. Wolf Dieter RESATZ  
Wirtschaftsprüfer

An den  
Bundesvorstand der  
NEOS - Das Neue Österreich und  
Liberales Forum  
Neustiftgasse 73 - 75/7  
1070 Wien

8. Juni 2016

**NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum**  
**Nachtragsbericht zur Prüfung des Rechenschaftsberich-**  
**tes für das Kalenderjahr 2014 vom 30.09.2015**

Mit Schreiben des Rechnungshofes vom 16. Juni 2014 (GZ 103.632/107-1A3/14) wurden die R.E.P. Wirtschaftsprüfungs-GmbH und die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zum Prüfer des Rechenschaftsberichts für das Kalenderjahr 2014 bestellt.

Die Partei, vertreten durch den Parteivorstand, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Rechenschaftsbericht 2014 gemäß § 8 PartG 2012 zu prüfen.

Mit Bericht vom 30. September 2015 haben wir über das Ergebnis der Prüfung berichtet und folgenden Prüfungsvermerk erteilt:

*„Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach pflichtgemäßer Prüfung auf Grund der Bücher (Aufzeichnungen) der politischen Partei sowie der von den Leitungsorganen (oder den vertretungsbefugten Personen) erteilten Aufklärungen und Nachweise entspricht der Rechenschaftsbericht der NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum, Wien, für das Kalenderjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in dem geprüften Umfang den Vorschriften des Parteiengesetzes.*

*Ohne unser Prüfungsurteil zu modifizieren, weisen wir auf die §§ 5 – 7 PartG 2012 hin, in denen die Rechnungslegungsgrundlage beschrieben wird. Der Rechenschaftsbericht wurde aufgestellt, um öffentliche Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben der politischen Partei und ihrer territorialen Gliederungen zu geben. Folglich ist der Rechenschaftsbericht möglicherweise für einen anderen Zweck nicht geeignet.“*

Mit Schreiben vom 4. Februar 2016 wurden die NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum vom Rechnungshof aufgefordert zu einzelnen Punkten im Rechenschaftsbericht 2014 Stellung zu nehmen. Mit gleichem Schreiben hat der Rechnungshof verlangt, die Richtigkeit der Stellungnahme durch die bestellten Wirtschaftsprüfer bestätigen zu lassen.

Die vorliegende Stellungnahme des Bundespartei Vorstandes der NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum vom 8. Juni 2016 geht auf die einzelnen Fragestellungen des Rechnungshofs ein. Darüber hinaus waren folgende Korrekturen im Rechenschaftsbericht 2014 vorzunehmen:

- Erster Berichtsteil: EUR 1.400,00 wurden von Posten 14. „sonstige Erträge und Einnahmen“ zu 2. „Zahlungen von nahestehenden Organisationen“ und EUR 2.120,00 wurden von Posten 14 „sonstige Erträge und Einnahmen“ zu 8. „Spende mit Ausnahme Z 11 und 12“ umgegliedert. Eine Spende wurde durch Verzicht auf ein Darlehen idH von EUR 10.000,00 zusätzlich in 8. „Spende mit Ausnahme Z 11 und 12“ ausgewiesen. Die Position 9. „Kreditkosten und Kreditrückzahlungen“ wurde um den gleichen Betrag erhöht.
- Zweiter Berichtsteil: Aufnahme von fehlenden Einnahmen aus kostenlos zur Verfügung gestelltem Personal und Sachleistungen in der Höhe von insgesamt EUR 1.138,56 sowie von Ausgaben für Personal und Büroaufwand in gleicher Höhe bei der Landesorganisation Oberösterreich. Aufnahme von ergänzenden Erläuterungen zu Posten 14. „Sonstige Erträge und Einnahmen“ betreffend gesondertem Ausweis von gewährten Zuschüssen des Bundesbüros an die Landesorganisationen (Seiten 4 bis 12 der Fassung des Rechenschaftsberichtes, der uns zur Prüfung vorgelegt wurde).
- Anlage 3: Korrekturen in den Punkten 1.1. „Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Ziffer 2 fallen“; 1.2. „Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen“ sowie in Punkt 4. „Spenden auf Gemeindeebene“.

Wir haben die Ergänzungen und Korrekturen des Rechenschaftsberichts 2014 einer Nachtragsprüfung unterzogen und sind als Ergebnis unserer Prüfung zu der Auffassung gelangt, dass der von uns am 30. September 2015 erteilte Prüfungsvermerk zum Rechenschaftsbericht für 2014 der NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum mit der Ergänzung aufrecht bleibt, dass die oben angeführten Korrekturen in dem geprüften Umfang den Vorschriften des PartG entsprechen.

Die in der Stellungnahme an den Rechnungshof zum Rechenschaftsbericht 2014 gegebenen Erläuterungen (soweit sie sich sachlich ausschließlich auf diesen beziehen) sind richtig und stimmen mit dem ergänzten Rechenschaftsbericht 2014 überein.

Ohne unseren Prüfungsvermerk einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass die Angaben der NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum auf ihrer Webseite und die im Zusammenhang mit der Anfrage des Rechnungshofs vorgenommenen Änderungen der dort publizierten Angaben nicht Gegenstand unserer Prüfung waren und wir dementsprechend keine Aussagen über die in der Stellungnahme an den Rechnungshof erläuterten Differenzen treffen.

Gemäß dem mit der Partei abgeschlossenen Prüfungsvertrag ist unsere Verantwortlichkeit und Haftung bei durch grobe oder leichte Fahrlässigkeit verursachten Schäden analog zu § 275 Abs 2 UGB auf die für kleine und mittelgroße Gesellschaften geltende Haftungshöchstgrenze von EUR 2,0 Mio beschränkt. Diese Beschränkung gilt auch gegenüber Dritten.

Wien, am 8. Juni 2016

  
Grant Thornton Unitreu GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft  
Wirtschaftsprüfer  
MMag. Christoph ZIMMEL  
Wirtschaftsprüfer

  
R.E.P. Wirtschaftsprüfungs-GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft  
Wirtschaftsprüfer  
Dkfm. Mag. Wolf Dieter RESATZ  
Wirtschaftsprüfer



**Vorstand und Bundesgeschäftsführung von**



**NEOS Das Neue Österreich und Liberales Forum**

**übermitteln dem Rechnungshof im Anhang**

**den Rechenschaftsbericht 2014 samt Anlagen**

**gem. § 5 PartG 2012**

**ergänzt am 08.06.2016**



---

Franz Thierry

Bundesgeschäftsführer



---

Dr. Matthias Strolz

Vorsitzender des Vorstandes

**1. Berichtsteil - Bundesorganisation der Partei einschließlich ihrer Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 5 Abs 1 PartG)**

**a) Einnahmen**

1 Mitgliedsbeiträge	109.945,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	1.400,00
3 Fördermittel	2.809.569,55
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatare und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	572.144,42
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	2.800,00
12 Sachleistungen	6.381,32
13 Aufnahme von Krediten	1.791.602,46
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	12.830,31
Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	5.306.673,06

**b) Ausgaben**

1 Personal	736.479,71
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	114.815,10
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	2.329.393,21
4 Veranstaltungen	255.785,84
5 Fuhrpark	18.049,02
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	166.301,85
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	7.781,79
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	57.338,35
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	756.808,75
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	95.051,07
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0,00
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0,00
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0,00
14 Sonstige Aufwandsarten	739.169,48
Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	5.276.974,17

In der Zeile 14 Sonstige Aufwandsarten sind € 366.220 rückzuzahlende Vorschüsse der Bundesorganisation an die Landesgruppen enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**c) Nachweis über die gesetzmäßige Verwendung der Parteienförderung auf Bundesebene gem § 4 PartFörG**

Wir teilen mit, dass die für das Jahr 2014 NEOS gem. PartFörG zugewendeten Förderungsmittel des Bundes gesetzmäßig verwendet wurden.

## 2. Berichtsteil – Landes-, Bezirks- und Gemeindeorganisation der Partei einschließlich ihrer Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 5 Abs 1 PartG)

### a) Wien

#### i. Landesorganisation

##### 1. Einnahmen

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	215,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	2.469,00
13 Aufnahme von Krediten	214.489,88
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	13.385,29
Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	230.559,17

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 13.354 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

## 2. Ausgaben

1 Personal	48.216
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	12.934
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	49.980
4 Veranstaltungen	15.265
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	192
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	988
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	1.349
Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	128.924

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

#### ii. Wien, Gemeindeorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: € 2.526,00
2. Gesamtsumme Ausgaben: € 2.200,53

**b) Niederösterreich**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	2.833,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	1.815,32
13 Aufnahme von Krediten	51.815,37
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	29.830,39
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>86.294,08</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 29.824 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	24.797
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	1.133
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	33.725
4 Veranstaltungen	2.893
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	294
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	771
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>63.613</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Niederösterreich, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Niederösterreich, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**c) Oberösterreich**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	22.021,07
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	1.080,00
12 Sachleistungen	58,56
13 Aufnahme von Krediten	19.126,33
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	32.332,75
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>74.618,71</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 32.322 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	19.371
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	5.643
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	15.618
4 Veranstaltungen	2.599
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	264
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	411
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	3.407
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>47.313</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwände sind EUR 3.171 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Oberösterreich, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Oberösterreich, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

## d) Salzburg

### i. Landesorganisation

#### 1. Einnahmen

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	3.660,34
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	5.570,00
12 Sachleistungen	329,95
13 Aufnahme von Krediten	11.548,31
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	25.586,08
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>46.694,68</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 24.353 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

#### 2. Ausgaben

1 Personal	21.245
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	14.018
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	1.028
4 Veranstaltungen	3.897
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	120
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	475
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	2.204
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>42.986</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwandsarten sind EUR 1.597 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

### ii. Salzburg, Bezirksorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

### iii. Salzburg, Gemeindeorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: € 57.654,48
2. Gesamtsumme Ausgaben: € 57.654,48

**e) Tirol**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	1.821,74
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	0,00
13 Aufnahme von Krediten	17.389,44
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	34.374,05
<hr/>	
Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	53.585,23

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 34.371 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	34.782
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	6.593
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	1.094
4 Veranstaltungen	2.208
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	4.120
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	486
<hr/>	
Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	49.283

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Tirol, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Tirol, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**f) Vorarlberg**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	26.480,10
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	62.033,70
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	5.763,37
13 Aufnahme von Krediten	184.052,69
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	23.652,54
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>301.982,40</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 23.648 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	42.307
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	17.049
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	208.211
4 Veranstaltungen	16.123
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	87
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	10.078
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	3.110
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>296.964</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Vorarlberg, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Vorarlberg, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**g) Steiermark**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	10.203,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	468,52
13 Aufnahme von Krediten	4.571,05
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	36.658,21
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>51.900,78</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 36.655 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	28.966
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	2.657
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	4.145
4 Veranstaltungen	5.225
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	256
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	595
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>41.844</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Steiermark, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Steiermark, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**h) Kärnten**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	34.917,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	5.062,34
13 Aufnahme von Krediten	60.835,74
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	28.936,75
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>129.751,83</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 28.930 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	33.779
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	16.099
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	48.551
4 Veranstaltungen	3.378
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	851
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	8.864
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>111.522</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwände sind EUR 8.604 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Kärnten, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Kärnten, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**i) Burgenland**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	502,20
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	2.205,42
13 Aufnahme von Krediten	26.390,98
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	27.153,70
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>56.252,30</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 27.153 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	26.843
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	5.937
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	20.723
4 Veranstaltungen	937
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	460
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	494
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>55.394</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Burgenland, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Burgenland, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

## Nachweis hinsichtlich Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben § 4 Abs 1 PartG

### a) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2 PartG für die Gemeinderatswahl Salzburg

Tag der Wahl: 09.03.2014

	EUR
1 Außenwerbung, insb. Plakate	13.259,33
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	0,00
3 Folder	4.655,96
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	7.167,55
5 Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen Medien	12.776,40
6 Kinospots	0,00
7 Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	5.479,00
9 Kosten der für den Wahlkampf beauftragen Kommunikations-, Media-, Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call-Centers	0,00
10 zusätzliche Personalkosten	10.062,34
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	0,00
12 Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	68,28
	<hr/>
	53.468,86

### b) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2 PartG für die Wahl zum Europäischen Parlament

Tag der Wahl: 25.05.2014

1 Außenwerbung, insb. Plakate	436.945,96
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	4.382,80
3 Folder	17.436,97
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	173.798,41
5 Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen Medien	586.131,93
6 Kinospots	0,00
7 Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	67.455,80
9 Kosten der für den Wahlkampf beauftragen Kommunikations-, Media-, Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call-Centers	169.953,42
10 zusätzliche Personalkosten	13.150,00
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	23.984,56
12 Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	53.143,37
	<hr/>
	1.546.383,22

**c) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2  
PartG für die Vorarlberger Landtagswahlen**

**Tag der Wahl: 21.09.2014**

1 Außenwerbung, insb. Plakate	36.259,58
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	31.201,05
3 Folder	6.027,64
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	22.516,91
Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen	
5 Medien	55.369,08
6 Kinospots	0,00
Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in	
7 Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	3.045,30
Kosten der für den Wahlkampf beauftragen Komminikations-, Media-, Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call-	
9 Centers	50.246,40
10 zusätzliche Personalkosten	16.027,97
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	0,00
Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und	
12 Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	6.860,75
	<hr/>
	227.554,68

## **Bezeichnungen der territorialen Gliederung gem § 5 Abs 1a PartG**

NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum hat neben der Bundesorganisation im Jahr 2014 folgende territoriale Gliederung (keine eigenen Rechtspersonen):

1. Bundesbüro
2. NEOS Landesgruppe Wien
3. NEOS Landesgruppe Niederösterreich
4. NEOS Landesgruppe Oberösterreich
5. NEOS Landesgruppe Salzburg
  - a. Gemeindegruppen (4)
    - i. Salzburg Stadt
    - ii. Hallein
    - iii. Abtenau
    - iv. Obertrum
6. NEOS Landesgruppe Tirol
7. NEOS Landesgruppe Vorarlberg
8. NEOS Landesgruppe Steiermark
9. NEOS Landesgruppe Kärnten
10. NEOS Landesgruppe Burgenland

ANLAGE 2

**Beteiligungsunternehmen gem § 5 Abs 6 PartG**

LEERMELDUNG

## ANLAGE 3

### Spendenaufstellung i.S. § 6 Abs 2 und 3 PartG

1. Spenden an die politische Partei und solche an ihre Gliederungen, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen

- 1.1. Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Ziffer 2 fallen: € 663.092,21 (Z8+Z11+Z12 abzüglich Firmenspenden)

Hievon Spenden über € 3.500,00 kumuliert pro Person und Jahr

Wieland Alge	Tiergartenstraße 112, 6020 Innsbruck	6.135,70
Sandra Berkson	Krummbaumgasse 4/20, 1020 Wien	5.000,00
Markus Braun	Gloriettegasse 20, 1130 Wien	120.000,00
Burian Rainer	Celtesgasse 14, 1190 Wien	10.000,00
Guntram Fessler	Eisenbahnstraße 1, 1190 Wien	5.000,00
Hans-Peter Haselsteiner	Donau-City-Straße 9, 1220 Wien	84.700,00
Rudolf Knünz	Am Hof 4, 1010 Wien	10.000,00
Verena Köb-Drexel	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	7.104,50
Fritz Lechleuthner	Postfach 15, 5025 Salzburg	8.250,00
Brigitte Nessler	Botanikerstrasse 16a, 6020 Innsbruck	19.910,00
Norbert Nessler	Luis-Zuegg-Straße 8/60, 6020 Innsbruck	10.000,00
Ernst Reichmayr	Sieveringerstraße 36/9, 1190 Wien	10.000,00
Karl Sevelda	Am Heumarkt 39/1/3, 1010 Wien	6.400,00
Konrad Zimmermann	Einöde 12, 2511 Pfaffstätten	4.997,00
Hans Zöllner	Kaunitzgasse 9, 1060 Wien	10.180,00
Christian Dreyer	Franz Josef Str. 22, 5020 Salzburg	12.651,89
Andreas Köb	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	20.000,00
Karl-Arthur Arlamovsky	Wollzeile 6-8/47, 1010 Wien	3.820,00
Nikolaus Scherak	Wallgasse 19, 1060 Wien	4.602,60
Christoph Vavrik	Ettingshausengasse 10/2/8, 1190 Wien	4.191,96
Ernst Böhm	Figulystraße 25, 4020 Linz	10.000,00

- 1.2. Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen € 141.443,54 (inkl. Sachspenden)

Hievon Spenden über € 3.500,00 kumuliert pro Person pro Jahr

AZH Beteiligungs GmbH	Sterngasse 11/5, 1010 Wien	55.000,00
Barbaric GmbH	Pummererstraße 12, 4020 Linz	5.000,00
SPB Beteiligungsverwaltung GmbH	Favoritenstraße 7/2, 1040 Wien	5.000,00
Invex Beteiligungen GmbH	Celtesgasse 14, 1190 Wien	20.000,00
Prinzhorn Holding GmbH	IZ-NÖ-SÜD Str.16, 2355 Wiener Neudorf	25.000,00

- 1.3. Gesamtsumme der Spenden von Vereinen, die nicht unter Ziffer 4 fallen – LEERMELDUNG
- 1.4. Gesamtsumme der Spenden von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen und Fonds. – LEERMELDUNG

2. Spenden an nahestehende Organisationen, ausgenommen jene im Sinne des § 4a Abs 2 Z3 Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, sowie Einrichtungen, die der Förderung des Breitensports dienen, und an Gliederungen der Partei, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzen

- 2.1. Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Ziffer 2 fallen - LEERMELDUNG
- 2.2. Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen LEERMELDUNG
- 2.3. Gesamtsumme der Spenden von Vereinen, die nicht unter Ziffer 4 fallen - LEERMELDUNG
- 2.4. Gesamtsumme der Spenden von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen und Fonds. - LEERMELDUNG

3. Spenden an Abgeordnete und Wahlwerber, die auf einem von der politischen Partei eingebrachten Wahlvorschlag kandidiert haben.

LEERMELDUNG

#### 4. Spenden auf Gemeindeebene

- 4.1. Gesamtsumme der Spenden an die politische Partei und Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Gemeindeebene: € 42.567,00.
- 4.2. Gesamtsumme der Spenden an nahestehende Organisationen und Gliederungen der Partei mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Gemeindeebene (§ 6 Abs 2 Z 2 PartG): LEERMELDUNG
- 4.3. Spenden deren Gesamtbetrag den Betrag von € 3.500,00 übersteigen:

Barbara Unterkofler	Lenzgartenweg 2, 5060 Salzburg	15.500,00
Sebastian Huber	Neutorstraße 59, 5020 Salzburg	8.250,00
Christoph Starzer	Petersbrunnstrasse 2, 5020 Salzburg	9.213,99

#### 5. Angaben aufgrund entsprechender strengerer landesgesetzlicher Rechtsgrundlagen

##### §10 Abs 2 lit c) Vorarlberger Landesparteiförderungsgesetz

Hievon Spenden über € 1.000,00

Ulrike Flax	Rosenstraße 16b, 6850 Dornbirn	3.000,00
Knünz GmbH	Pfarrgasse 7, 6850 Dornbirn	10.000,00
Andreas Köb	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	10.000,00
Anton Fink	Paulinensteig 13, 1160 Wien	2.000,00
Andrea und Hannes Gamon	Bahnhofstr. 48, 6710 Nenzing	1.500,00
Markus Scheffknecht	Am Neuner 45, 6890 Lustenau	3.495,00
Florian Schrei	Am Garnmarkt 11, Top 28, 6840 Götzis	1.808,00
Elisabeth Collini	Tschütsch 68, 6833 Klaus	3.200,00
Gerald Loacker	Tobelgasse 21d, 6850 Dornbirn	1.422,00
Lothar Collini	Tschütsch 68, 6833 Klaus	2.600,00
Sabine Scheffknecht	Am Neuner 45, 6890 Lustenau	4.004,33
Chris Alge	Bahnhof 248, 6951 Lingenau	1.060,00
Mathias Scheyer	Amberggasse 41, 6800 Feldkirch	1.450,00

##### Einzelspenden über € 50.000,00

Name	Anschrift	Betrag/Geldwert
Dr. Markus Braun	Gloriettegasse 20, 1130 Wien	55.000,00
Dr. Hans Peter Haselsteiner	Donau-City-Straße 9, 1220 Wien	55.000,00

ANLAGE 4

**Inserate und Sponsoring gem § 5 Abs 7 PartG**

LEERMELDUNG



# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe (AAB 2011)

Festgestellt vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen bei der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und zur Anwendung empfohlen vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000, adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007, am 26.2.2008, am 30.6.2009, am 22.3.2010 sowie am 21.02.2011.

## Präambel und Allgemeines

(1) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänderberufe gliedern sich in vier Teile: Der I. Teil betrifft Verträge, die als Werkverträge anzusehen sind, mit Ausnahme von Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der II. Teil betrifft Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der III. Teil hat Verträge, die nicht Werkverträge darstellen und der IV. Teil hat Verbrauchergeschäfte zum Gegenstand.

(2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

(3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.

(4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

(5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSGVO notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Mitarbeiter des Berufsberechtigten während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Berufsberechtigten verpflichtet.

## I. TEIL

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.

(2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbehelf.

(3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

## 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen schriftlichen als auch mündlichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als

nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

## 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

(2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsüblichen Formularen abgegeben werden.

(3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

## 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber stimmt zu, dass seine persönlichen Daten, nämlich sein Name sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Berufsberechtigten und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen iSd §§ 271 ff UGB im Informationsverbund (Netzwerk), dem der Berufsberechtigte angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder des Informationsverbundes (Netzwerkes) auch ins Ausland übermittelt werden (eine Liste aller Übermittlungsempfänger wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch vom beauftragten Berufsberechtigten zugesandt). Hierfür entbindet der Auftraggeber den Berufsberechtigten nach dem Datenschutzgesetz und gem § 91 Abs 4 Z 2 WTBG ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber nimmt in diesem Zusammenhang des Weiteren zur Kenntnis, dass in Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, ein niedrigeres Datenschutzniveau als in der EU herrschen kann. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich an den Berufsberechtigten widerrufen.

## 5. Berichterstattung und Kommunikation

- (1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.
- (2) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.
- (3) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen und Daten können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch die elektronische Übermittlung verursacht werden. Die elektronische Übermittlung erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.
- (4) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortersystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.
- (5) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

## 6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.
- (2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.
- (3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

## 7. Mängelbeseitigung

- (1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen schriftlicher als auch mündlicher Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.
- (2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.
- (3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

## 8. Haftung

- (1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.
- (4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.
- (5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.
- (6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.
- (7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

- (8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Ein Dritter kann jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

## 9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

- (1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.
- (2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.
- (3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

## 10. Kündigung

- (1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.
- (2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
- (3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen - außer in Fällen des Abs 5 - nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsüblicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.
- (4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.
- (5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.
- (6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 - gleichgültig aus welchem Grunde - mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

## 11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

## 12. Honoraranspruch

- (1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.
- (2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.
- (3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen.
- (4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

## 13. Honorar

- (1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.
- (2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.
- (3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.
- (4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.
- (5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.
- (6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.
- (7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.
- (8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.
- (9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.
- (10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.
- (11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.
- (12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).
- (13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.
- (14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.
- (15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

## 14. Sonstiges

- (1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Nach Übergabe sämtlicher, vom Wirtschaftstreuhänder erstellten aufbewahrungspflichtigen Daten an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder ist der Berufsberechtigte berechtigt, die Daten zu löschen.

(3) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(4) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(5) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Falle der Auftragsbeendigung für weiterführende Fragen nach Auftragsbeendigung und die Gewährung des Zugangs zu den relevanten Informationen über das geprüfte Unternehmen ein angemessenes Entgelt zu verrechnen.

(7) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(8) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(9) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

#### 15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

#### 16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigegeben werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.

#### 17. Ergänzende Bestimmungen für die Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, für Beratungstätigkeit und andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, bei obgenannten Tätigkeiten die Angaben des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig anzunehmen. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen. Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Berufsberechtigten eine angemessene Bearbeitungszeit, mindestens jedoch eine Woche, zur Verfügung steht.

(2) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern. Erhält der Berufsberechtigte für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer und sonstiger Steuern und Abgaben erfolgt nur auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Verteidigung und die Beiziehung zu dieser im Finanzstrafverfahren,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Gründung, Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerungen, Liquidation, betriebswirtschaftliche Beratung und andere Tätigkeiten gemäß §§ 3 bis 5 WTBG,
- die Verfassung der Eingaben zum Firmenbuch im Zusammenhang mit Jahresabschlüssen einschließlich der erforderlichen Evidenzführungen.

(4) Soweit die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

## II. TEIL

### 18. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des II. Teiles gelten für Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung.

### 19. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und der Buchführung zu Grunde zu legen. Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

(3) Falls für die im Punkt 18 genannten Tätigkeiten ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren.

(4) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 18 genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages und ist nach dem I. oder III. Teil der vorliegenden Auftragsbedingungen zu beurteilen.

(5) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

#### 20. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung notwendigen Auskünfte und Unterlagen zum vereinbarten Termin zur Verfügung stehen.

#### 21. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart ist, kann der Vertrag ohne Angabe von Gründen von jedem der Vertragspartner unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Kommt der Auftraggeber seiner Verpflichtung gemäß Punkt 20 wiederholt nicht nach, berechtigt dies den Berufsberechtigten zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(3) Kommt der Berufsberechtigte mit der Leistungserstellung aus Gründen in Verzug, die er allein zu vertreten hat, so berechtigt dies den Auftraggeber zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.

(4) Im Falle der Kündigung des Auftragsverhältnisses zählen nur jene Werke zum Auftragsstand, an denen der Auftragnehmer bereits arbeitet oder die überwiegend in der Kündigungsfrist fertig gestellt werden können und die er binnen eines Monats nach der Kündigung bekannt gibt.

#### 22. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(2) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 2 behält der Berufsberechtigte den vollen Honoraranspruch für drei Monate. Dies gilt auch bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist durch den Auftraggeber.

(3) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 3 hat der Berufsberechtigte nur Anspruch auf Honorar für seine bisherigen Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind.

(4) Ist kein Pauschalhonorar vereinbart, richtet sich die Höhe des Honorars gemäß Abs 2 nach dem Monatsdurchschnitt des laufenden Auftragsjahres bis zur Vertragsauflösung.

(5) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(6) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

#### 23. Sonstiges

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen sinngemäß.

### III. TEIL

#### 24. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des III. Teiles gelten für alle in den vorhergehenden Teilen nicht erwähnten Verträge, die nicht als Werkverträge anzusehen sind und nicht mit in den vorhergehenden Teilen erwähnten Verträgen in Zusammenhang stehen.

(2) Insbesondere gilt der III. Teil der Auftragsbedingungen für Verträge über einmalige Teilnahme an Verhandlungen, für Tätigkeiten als Organ im Insolvenzverfahren, für Verträge über einmaliges Einschreiten und über Bearbeitung der in Punkt 17 Abs 3 erwähnten Einzelfragen ohne Vorliegen eines Dauervertrages.

#### 25. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

#### 26. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

#### 27. Kündigung

Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen (§ 1020 ABGB).

#### 28. Honorar und Honoraranspruch

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.

(2) Im Falle der Kündigung ist der Honoraranspruch nach den bereits erbrachten Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind, zu aliquotieren.

(3) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

#### 29. Sonstiges

Die Verweisungen des Punktes 23 auf Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen gelten sinngemäß.

### IV. TEIL

#### 30. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des IV. Teiles gelten ausschließlich für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung).

#### 31. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Berufsberechtigten und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutz-gesetzes.

(2) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 8 Abs 2 AAB normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten nicht begrenzt.

(4) Punkt 8 Abs 3 AAB (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Berufsberechtigten dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Berufsberechtigten sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Berufsberechtigten oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Berufsberechtigten außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Berufsberechtigten enthält, dem Berufsberechtigten mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Berufsberechtigte alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Berufsberechtigten den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Berufsberechtigten hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Berufsberechtigten zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 7 wird ergänzt

Ist der Berufsberechtigte nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Berufsberechtigten gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 15 Abs 3:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen

(a) Verträge, durch die sich der Berufsberechtigte zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des

zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit.a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Berufsberechtigten und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit.a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

**Vorstand und Bundesgeschäftsführung von**



**NEOS Das Neue Österreich und Liberales Forum  
übermitteln dem Rechnungshof im Anhang  
den Rechenschaftsbericht 2014 samt Anlagen  
gem. § 5 PartG 2012  
ergänzt am 16.03.2016**

Franz Thierry

**Bundesgeschäftsführer**

Dr. Matthias Strolz

**Vorsitzender des Vorstandes**

**1. Berichtsteil - Bundesorganisation der Partei einschließlich ihrer Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 5 Abs 1 PartG)**

**a) Einnahmen**

1 Mitgliedsbeiträge	109.945,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	1.400,00
3 Fördermittel	2.809.569,55
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	572.144,42
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	2.800,00
12 Sachleistungen	6.381,32
13 Aufnahme von Krediten	1.791.602,46
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	12.830,31
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>5.306.673,06</b>

**b) Ausgaben**

1 Personal	736.479,71
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	114.815,10
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	2.329.393,21
4 Veranstaltungen	255.785,84
5 Fuhrpark	18.049,02
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	166.301,85
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	7.781,79
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	57.338,35
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	756.808,75
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	95.051,07
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0,00
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0,00
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0,00
14 Sonstige Aufwandsarten	739.169,48
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>5.276.974,17</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwandsarten sind € 366.220 rückzuzahlende Vorschüsse der Bundesorganisation an die Landesgruppen enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**c) Nachweis über die gesetzmäßige Verwendung der Parteienförderung auf Bundesebene gem § 4 PartFörG**

Wir teilen mit, dass die für das Jahr 2014 NEOS gem. PartFörG zugewendeten Förderungsmittel des Bundes gesetzmäßig verwendet wurden.

## 2. Berichtsteil – Landes-, Bezirks- und Gemeindeorganisation der Partei einschließlich ihrer Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 5 Abs 1 PartG)

### a) Wien

#### i. Landesorganisation

##### 1. Einnahmen

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	215,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	2.469,00
13 Aufnahme von Krediten	214.489,88
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	13.385,29
<hr/> Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	230.559,17

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 13.354 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

##### 2. Ausgaben

1 Personal	48.216
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	12.934
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	49.980
4 Veranstaltungen	15.265
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	192
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	988
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	1.349
<hr/> Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	128.924

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

#### ii. Wien, Gemeindeorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: € 2.526,00
2. Gesamtsumme Ausgaben: € 2.200,53

**b) Niederösterreich**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatare und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	2.833,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	1.815,32
13 Aufnahme von Krediten	51.815,37
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	29.830,39
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>86.294,08</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 29.824 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	24.797
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	1.133
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	33.725
4 Veranstaltungen	2.893
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	294
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	771
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>63.613</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Niederösterreich, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Niederösterreich, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**c) Oberösterreich**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	22.021,07
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	1.080,00
12 Sachleistungen	58,56
13 Aufnahme von Krediten	19.126,33
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	32.332,75
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>74.618,71</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 32.322 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	19.371
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	5.643
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	15.618
4 Veranstaltungen	2.599
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	264
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	411
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	3.407 <sup>n</sup>
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>47.313</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwände sind EUR 3.171 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Oberösterreich, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Oberösterreich, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

## d) Salzburg

### i. Landesorganisation

#### 1. Einnahmen

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	3.660,34
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	5.570,00
12 Sachleistungen	329,95
13 Aufnahme von Krediten	11.548,31
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	25.586,08
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>46.694,68</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 24.353 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

#### 2. Ausgaben

1 Personal	21.245
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	14.018
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	1.028
4 Veranstaltungen	3.897
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	120
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	475
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	2.204 <sup>1</sup>
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>42.986</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwandsarten sind EUR 1.597 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

### ii. Salzburg, Bezirksorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

### iii. Salzburg, Gemeindeorganisation

1. Gesamtsumme Einnahmen: € 57.654,48
2. Gesamtsumme Ausgaben: € 57.654,48

**e) Tirol**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	1.821,74
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	0,00
13 Aufnahme von Krediten	17.389,44
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	34.374,05
<hr/> Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	53.585,23

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 34.371 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	34.782
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	6.593
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	1.094
4 Veranstaltungen	2.208
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	4.120
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	486
<hr/> Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	49.283

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Tirol, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Tirol, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**f) Vorarlberg**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	26.480,10
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	62.033,70
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	5.763,37
13 Aufnahme von Krediten	184.052,69
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	23.652,54
<hr/> Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	<hr/> 301.982,40

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 23.648 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	42.307
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	17.049
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	208.211
4 Veranstaltungen	16.123
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	87
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	10.078
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	3.110
<hr/> Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	<hr/> 296.964

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Vorarlberg, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Vorarlberg, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**g) Steiermark**  
**i. Landesorganisation**

**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	10.203,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	468,52
13 Aufnahme von Krediten	4.571,05
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	36.658,21
<hr/> Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)	<hr/> 51.900,78

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 36.655 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	28.966
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	2.657
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	4.145
4 Veranstaltungen	5.225
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	256
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	595
<hr/> Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)	<hr/> 41.844

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Steiermark, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Steiermark, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**h) Kärnten**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatare und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	34.917,00
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	5.062,34
13 Aufnahme von Krediten	60.835,74
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	28.936,75
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>129.751,83</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 28.930 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	33.779
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	16.099
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	48.551
4 Veranstaltungen	3.378
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	851
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	8.864
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>111.522</b>

In der Zeile 14 Sonstige Aufwände sind EUR 8.604 für die Anschaffung Geringwertiger Wirtschaftsgüter enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet). Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Kärnten, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Kärnten, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**i) Burgenland**  
**i. Landesorganisation**  
**1. Einnahmen**

	EUR
1 Mitgliedsbeiträge	0,00
2 Zahlungen von nahestehenden Organisationen	0,00
3 Fördermittel	0,00
4 Beiträge der der jeweiligen Partei angehörenden Mandatäre und Funktionäre	0,00
5 Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit	0,00
6 Erträge aus Unternehmensbeteiligungen	0,00
7 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00
8 Spenden mit Ausnahme Z 11 und 12	502,20
9 Erträge aus Veranstaltungen, aus der Herstellung und dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Erträge	0,00
10 Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten	0,00
11 Einnahmen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals	0,00
12 Sachleistungen	2.205,42
13 Aufnahme von Krediten	26.390,98
14 Sonstige Erträge und Einnahmen	27.153,70
<b>Summe Einnahmen (inkl. Kreditaufnahmen)</b>	<b>56.252,30</b>

In der Z 14 sind Zuschüsse des Bundesbüros für Personal und Infrastruktur in Höhe von EUR 27.153 enthalten (auf ganze Euro kaufmännisch gerundet).

**2. Ausgaben**

1 Personal	26.843
2 Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen GWG	5.937
3 Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse	20.723
4 Veranstaltungen	937
5 Fuhrpark	0
6 sonstiger Sachaufwand für Administration	0
7 Mitgliedbeiträge und internationale Arbeit	0
8 Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	0
9 Kreditkosten und Kreditrückzahlungen	0
10 Ausgaben für Reisen und Fahrten	460
11 Zahlungen an Unternehmensbeteiligungen	0
12 Zahlungen an nahe stehende Organisationen	0
13 Unterstützung eines Wahlwerbers für die Wahl des BP	0
14 Sonstige Aufwandsarten	494
<b>Summe Ausgaben (inkl. Kredittilgungen)</b>	<b>55.394</b>

Die Ausgabenbeträge sind einer Kostenstellenrechnung entnommen und auf ganze Euro kaufmännisch gerundet.

**ii. Burgenland, Bezirksorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

**iii. Burgenland, Gemeindeorganisation**

1. Gesamtsumme Einnahmen: LEERMELDUNG
2. Gesamtsumme Ausgaben: LEERMELDUNG

## Nachweis hinsichtlich Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben § 4 Abs 1 PartG

### a) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2 PartG für die Gemeinderatswahl Salzburg

Tag der Wahl: 09.03.2014

	EUR
1 Außenwerbung, insb. Plakate	13.259,33
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	0,00
3 Folder	4.655,96
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	7.167,55
5 Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen Medien	12.776,40
6 Kinospots	0,00
7 Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	5.479,00
9 Kosten der für den Wahlkampf beauftragen Kommunikations-, Media-, Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call- Centers	0,00
10 zusätzliche Personalkosten	10.062,34
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	0,00
12 Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	68,28
	<hr/>
	53.468,86

### b) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2 PartG für die Wahl zum Europäischen Parlament

Tag der Wahl: 25.05.2014

1 Außenwerbung, insb. Plakate	436.945,96
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	4.382,80
3 Folder	17.436,97
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	173.798,41
5 Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen Medien	586.131,93
6 Kinospots	0,00
7 Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	67.455,80
9 Kosten der für den Wahlkampf beauftragen Kommunikations-, Media-, Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call-Centers	169.953,42
10 zusätzliche Personalkosten	13.150,00
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	23.984,56
12 Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	53.143,37
	<hr/>
	1.546.383,22

**c) Ausgaben für die Wahlwerbung in der Gliederung nach § 4 Abs 2  
PartG für die Vorarlberger Landtagswahlen**

**Tag der Wahl: 21.09.2014**

1 Außenwerbung, insb. Plakate	36.259,58
2 Postwurfsendungen und Direktwerbung	31.201,05
3 Folder	6.027,64
4 Wahlkampfgeschenke zur Verteilung	22.516,91
Inserate, Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen	
5 Medien	55.369,08
6 Kinospots	0,00
Bruttokosten für parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage als in	
7 Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden	0,00
8 Kosten des Internet-Auftritts	3.045,30
Kosten der für den Wahlkampf beauftragten Kommunikations-, Media-,	
Direktwerbe-, Event-, Schalt-, PR- und ähnliche Agenturen und Call-	
9 Centers	50.246,40
10 zusätzliche Personalkosten	16.027,97
11 Ausgaben der politischen Partei für die Wahlwerber	0,00
Ausgaben der politischen Partei für natürliche Personen und	
12 Personengruppen zur Unterstützung eines Wahlwerbers	6.860,75
	<hr/>
	227.554,68

## **Bezeichnungen der territorialen Gliederung gem § 5 Abs 1a PartG**

NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum hat neben der Bundesorganisation im Jahr 2014 folgende territoriale Gliederung (keine eigenen Rechtspersonen):

1. Bundesbüro
2. NEOS Landesgruppe Wien
3. NEOS Landesgruppe Niederösterreich
4. NEOS Landesgruppe Oberösterreich
5. NEOS Landesgruppe Salzburg
  - a. Gemeindegruppen (4)
    - i. Salzburg Stadt
    - ii. Hallein
    - iii. Abtenau
    - iv. Obertrum
6. NEOS Landesgruppe Tirol
7. NEOS Landesgruppe Vorarlberg
8. NEOS Landesgruppe Steiermark
9. NEOS Landesgruppe Kärnten
10. NEOS Landesgruppe Burgenland

ANLAGE 2

**Beteiligungsunternehmen gem § 5 Abs 6 PartG**

LEERMELDUNG

## ANLAGE 3

### Spendenaufstellung i.S. § 6 Abs 2 und 3 PartG

#### 1. Spenden an die politische Partei und solche an ihre Gliederungen, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen

##### 1.1. Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Ziffer 2 fallen: € 663.092,21 (Z8+Z11+Z12 abzüglich Firmenspenden)

Hievon Spenden über € 3.500,00 kumuliert pro Person und Jahr

Wieland Alge	Tiergartenstraße 112, 6020 Innsbruck	6.135,70
Sandra Berkson	Krummbaumgasse 4/20, 1020 Wien	5.000,00
Markus Braun	Gloriettegasse 20, 1130 Wien	120.000,00
Burian Rainer	Celtesgasse 14, 1190 Wien	10.000,00
Guntram Fessler	Eisenbahnstraße 1, 1190 Wien	5.000,00
Hans-Peter Haselsteiner	Donau-City-Straße 9, 1220 Wien	84.700,00
Rudolf Knünz	Am Hof 4, 1010 Wien	10.000,00
Verena Köb-Drexel	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	7.104,50
Fritz Lechleuthner	Postfach 15, 5025 Salzburg	8.250,00
Brigitte Nessler	Botanikerstrasse 16a, 6020 Innsbruck	19.910,00
Norbert Nessler	Luis-Zuegg-Straße 8/60, 6020 Innsbruck	10.000,00
Ernst Reichmayr	Sieveringerstraße 36/9, 1190 Wien	10.000,00
Karl Sevelda	Am Heumarkt 39/1/3, 1010 Wien	6.400,00
Konrad Zimmermann	Einöde 12, 2511 Pfaffstätten	4.997,00
Hans Zöllner	Kaunitzgasse 9, 1060 Wien	10.180,00
Christian Dreyer	Franz Josef Str. 22, 5020 Salzburg	12.651,89
Andreas Köb	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	20.000,00
Karl-Arthur Arlamovsky	Wollzeile 6-8/47, 1010 Wien	3.820,00
Nikolaus Scherak	Wallgasse 19, 1060 Wien	4.602,60
Christoph Vavrik	Ettingshausengasse 10/2/8, 1190 Wien	4.191,96
Ernst Böhm	Figulystraße 25, 4020 Linz	10.000,00

- 1.2. Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen € 141.443,54 (inkl. Sachspenden)

Hievon Spenden über € 3.500,00 kumuliert pro Person pro Jahr

AZH Beteiligungs GmbH	Sterngasse 11/5, 1010 Wien	55.000,00
Barbaric GmbH	Pummererstraße 12, 4020 Linz	5.000,00
SPB Beteiligungsverwaltung GmbH	Favoritenstraße 7/2, 1040 Wien	5.000,00
Invex Beteiligungen GmbH	Celtesgasse 14, 1190 Wien	20.000,00
Prinzhorn Holding GmbH	IZ-NÖ-SÜD Str.16, 2355 Wiener Neudorf	25.000,00

- 1.3. Gesamtsumme der Spenden von Vereinen, die nicht unter Ziffer 4 fallen – LEERMELDUNG
  - 1.4. Gesamtsumme der Spenden von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen und Fonds. – LEERMELDUNG
2. Spenden an nahestehende Organisationen, ausgenommen jene im Sinne des § 4a Abs 2 Z3 Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, sowie Einrichtungen, die der Förderung des Breitensports dienen, und an Gliederungen der Partei, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzen
    - 2.1. Gesamtsumme der Spenden von natürlichen Personen, die nicht unter Ziffer 2 fallen - LEERMELDUNG
    - 2.2. Gesamtsumme der Spenden von im Firmenbuch eingetragenen natürlichen und juristischen Personen LEERMELDUNG
    - 2.3. Gesamtsumme der Spenden von Vereinen, die nicht unter Ziffer 4 fallen - LEERMELDUNG
    - 2.4. Gesamtsumme der Spenden von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen und Fonds. - LEERMELDUNG
  3. Spenden an Abgeordnete und Wahlwerber, die auf einem von der politischen Partei eingebrachten Wahlvorschlag kandidiert haben.

LEERMELDUNG

#### 4. Spenden auf Gemeindeebene

- 4.1. Gesamtsumme der Spenden an die politische Partei und Gliederungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Gemeindeebene: € 42.567,00.
- 4.2. Gesamtsumme der Spenden an nahestehende Organisationen und Gliederungen der Partei mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Gemeindeebene (§ 6 Abs 2 Z 2 PartG): LEERMELDUNG
- 4.3. Spenden deren Gesamtbetrag den Betrag von € 3.500,00 übersteigen:

Barbara Unterkofler	Lenzgartenweg 2, 5060 Salzburg	15.500,00
Sebastian Huber	Neutorstraße 59, 5020 Salzburg	8.250,00
Christoph Starzer	Petersbrunnstrasse 2, 5020 Salzburg	9.213,99

#### 5. Angaben aufgrund entsprechender strengerer landesgesetzlicher Rechtsgrundlagen

##### §10 Abs 2 lit c) Vorarlberger Landesparteienförderungsgesetz

Hievon Spenden über € 1.000,00

Ulrike Flax	Rosenstraße 16b, 6850 Dornbirn	3.000,00
Knünz GmbH	Pfarrgasse 7, 6850 Dornbirn	10.000,00
Andreas Köb	Unterer Schreiberweg 26, 1190 Wien	10.000,00
Anton Fink	Paulinensteig 13, 1160 Wien	2.000,00
Andrea und Hannes Gamon	Bahnhofstr. 48, 6710 Nenzing	1.500,00
Markus Scheffknecht	Am Neuner 45, 6890 Lustenau	3.495,00
Florian Schrei	Am Garnmarkt 11, Top 28, 6840 Götzis	1.808,00
Elisabeth Collini	Tschütsch 68, 6833 Klaus	3.200,00
Gerald Locker	Tobelgasse 21d, 6850 Dornbirn	1.422,00
Lothar Collini	Tschütsch 68, 6833 Klaus	2.600,00
Sabine Scheffknecht	Am Neuner 45, 6890 Lustenau	4.004,33
Chris Alge	Bahnhof 248, 6951 Lingenau	1.060,00
Mathias Scheyer	Amberggasse 41, 6800 Feldkirch	1.450,00

##### Einzelspenden über € 50.000,00

Name	Anschrift	Betrag/Geldwert
Dr. Markus Braun	Gloriettegasse 20, 1130 Wien	55.000,00
Dr. Hans Peter Haselsteiner	Donau-City-Straße 9, 1220 Wien	55.000,00

ANLAGE 4

**Inserate und Sponsoring gem § 5 Abs 7 PartG**

LEERMELDUNG